



THEMEN U.A.:

+++ 100 TAGE DONALD TRUMP +++ MAXIM GORKI +++ NEUE REGIERUNG:
FRAUENFEINDLICHKEIT ALS PROGRAMM +++ FEUDALES IM SPÄTI +++
HAMBURGS SCHATTENSEITEN +++ VERBRECHEN UND POLITIK IN NRW +++

INHALT

3 EDITORIAL

INTERNATIONAL

4 100 TAGE DER ZWEITEN REGIERUNG TRUMP

6 BRASILIEN: VERSCHÄRFUNG DER KÄMPFE AUF DEM LAND

FRAUEN

8 FRAUENFEINDLICHKEIT ALS PROGRAMM

BRD

11 DER BETRÜGER FRIEDRICH MERZ UND SEINE KOMMENDE REGIERUNG 16 FEUDALES IM SPÄTI

18 HAMBURG

ROT UND GRÜN - SCHWARZ UND WEISS

20 NRW

BÜRGERLICHE POLITIK - ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

KULTUR

22 MAXIM GORKI - DAS LIED VOM STURMVERKÜNDER

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

ein kämpferischer 1. Mai in aller Welt liegt hinter uns. Auch hier im Land hat das internationale Proletariat seinen Beitrag zur Heerschau unserer Klasse beigetragen.

Aktivisten des Roten Bundes haben in vielen Städten in Deutschland Aktionen verwirklicht. Es wurden in zahlreichen Städten im ganzen Land in der Nacht zum 1. Mai Rote Fahnen mit Hammer und Sichel aufgehangen. In zehn Städten beteiligten sich der Rote Bund in unterschiedlicher Form an verschiedenen Aktivitäten verschiedener Organisationen. In zwei Städten wurden eigenständige Veranstaltungen in Arbeitervierteln verwirklicht. Insgesamt war der 1. Mai 2025 in Deutschland für den Roten Bund ein guter Erfolg.

Auch international haben wir von den Maoisten einen durchaus erfolgreichen 1. Mai sehen dürfen. Wir wollen an dieser Stelle insbesondere die Entschlossenheit und Kampfbereitschaft von PARTIZAN und Teilen der Massen im Kampf um den Taksim-Platz in der Türkei hervorheben.

Die Erklärung des Internationalen Kommunistischen Bund verdient besondere Beachtung, denn sie zeugt von einer deutlichen positiven Entwicklung des Zweilinienkampfes innerhalb der Internationalen Kommunistischen Bewegung.

Diese positiven Entwicklungen stimmen überein mit der Entwicklung der Massenkämpfe in der Welt, insbesondere in den unterdrückten Nationen.

Eine Nachricht, die uns voller Wut und noch entschlossener werden lässt, hat uns ebenfalls in den Tagen um den 1. Mai erreicht:

Die Behörden des Bundesstaates Oaxaca haben den Fund der sterblichen Überreste der feministischen Vorkämpferin für die Rechte des Volkes, Sandra Estefana Domínguez Martínez, und ihrem Partner bekannt gegeben, die am 4. Oktober 2024 gewaltsam verschwunden gelassen worden waren.

Das Komitee Pejy Tyotk schrieb dazu in einer Erklärung: „Nach 206 Tagen der Angst, endlosen Nächten und einem unermüdlichen Kampf für ihre Rückkehr bestätigen wir heute mit gebrochenem Herzen, dass wir Sandra gefunden haben. Es war nicht das Ende, von dem wir geträumt haben, aber endlich wird sie unter denen ruhen, die sie tief geliebt haben. Sandra war nicht nur ein Opfer dieses Systems der Gewalt und Straflosigkeit: Sie wird immer als unermüdliche Verteidigerin anerkannt werden.“

Eure RoPo-Redaktion

Wir glauben fest daran, dass die beste Erinnerung an eine Ayuuk-Frau, Menschenrechtsverteidigerin und Feministin darin besteht, ihr Beispiel fortzusetzen und es auf alle Frauen der indigenen Völker, auf alle Frauen, die unter Unterdrückung leiden, und auf alle Menschen, die an den Aufbau einer neuen Welt glauben, auszudehnen. Mögen alle von deinem Kampf wissen.

**Sandra Estéfana
Domínguez Martínez**

Verteidigerin von #DH Ayuuk



100 TAGE DER ZWEITEN REGIERUNG TRUMP

In den deutschen Medien gibt es ein großes Geschrei und auch innerhalb der revolutionaristischen Bewegung in diesem Land ertönen alarmistische Töne. Erneut droht der Untergang des Abendlands. Der Vorwand: Donald Trump - die Oligarchie - der Faschismus

Der US-Imperialismus wird tatsächlich gegenwärtig politisch von der Trump-Administration angeführt. Diese neue US-Regierung repräsentiert eine Fraktion innerhalb des US-amerikanischen Finanzkapitals und diese Fraktion versucht derzeit das globale Wirtschaftssystem derart neu zu organisieren, dass die verloren gegangenen bzw. gefährdeten Positionen des Yankee-Imperialismus zurück gewonnen bzw. abgesichert werden können.

Dabei ist es für die Yankees besonders wichtig seinen Einfluss auf die unterdrückten Nationen zu verstärken und die Allianzen und Koalitionen seiner imperialistischen Konkurrenten, insbesondere die des chinesischen Sozialimperialismus mit dem russischen Imperialismus, zu destabilisieren.

Das ist Ausdruck der Schwäche der Yankee, ein Ausdruck des Prozesses ihres Niedergangs als hegemoniale Supermacht und der allgemeinen Krise des Imperialismus und des Kampfes zwischen den Imperialisten um die Neuaufteilung der Welt unter diesen Räubern. Gleichzeitig aber ist offensichtlich, dass keine imperialistische Macht gegenwärtig in der Lage ist die Yankees wirklich heraus zu fordern und selbst hegemoniale Supermacht zu werden. Wenn sie es wären, würden sie es tun. Solange steht der interimperialistische Widerspruch in zweiter Reihe. Darum ist es falsch auf einen kommenden Dritten Weltkrieg zu starren, anstatt die Revolution - die politische und historische Haupttendenz - zu befördern und ihren Notwendigkeiten zu entsprechen. Gibt es keine Kommunistische Partei, gibt es keine Revolution.

Die angekündigte Beendigung des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine ist ein Beispiel für die gegenwärtige Entwicklung. Die USA sind bereit Moskau Zugeständnisse zu machen, die die Ukraine auch dazu zwingen den Verlust von Territorium zu akzeptieren, mit der Hoffnung die Verbindung

zwischen Russland und China zu lockern - nicht weil Putin und Trump beide besonders fiese Bösewichter sind.

Russland ist in seinem Krieg gegen die Ukraine unwesentlich voran gekommen. Es hat innerhalb der drei Jahre Krieg keines seiner wichtigsten Kriegsziele erreichen können. Die machen da nur langsam Fortschritte.

Dies ist der Ansatzpunkt für die Yankees. Russland hat sich in der vergangenen Periode in immer größere Abhängigkeit zum chinesischen Sozialimperialismus begeben müssen.

Die Kombination der Stärken der Russen und Chinesen ist es was es aus Sicht der USA zu verhindern bzw. zu beenden gilt. Dabei ist entscheidend, dass in der Definition des Hauptkontrahenten der Fokus nun auf China liegt.

Der Druck auf einige Länder, wie Deutschland und Frankreich, hat seinen Sinn darin, dass eben diese Europäer die Funktion des Aggressors gegenüber Russland behalten, denn die Yankees wollen weiterhin kein Erstarken des russischen Imperialismus zulassen.

Es wird eine aggressive Außenwirtschaftspolitik angewandt, unter Verwendung deutlich zur Schau gestellter Macht, um durch die Implikation einer unmittelbar drohende Gefahr Zusammenarbeit durch andere zu erzwingen. Diese basiert darauf, dass die USA der größte Kapitalexporteur der Welt und der größte Konsument von Rohstoffen und Halbprodukten sind.

Trump beschuldigt die Handelspartner der USA, diese seit Jahrzehnten auszunehmen, um damit eine umfassende Zollpolitik zu begründen. Knickt das entsprechende Land ein, dann wird ein Deal zum Vorteil der Yankees gemacht. Alles durchaus rational, auch wenn dies gelegentlich zu Irritationen innerhalb der USA selbst führt.

Die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen der Trump-Administration, sind nicht

Ausdruck eines verrückten Trump, sondern Aspekte eines bewussten Plans der Fraktion des US-Finanzkapitals, die politisch von der Republikanischen Partei repräsentiert wird.

Die Redaktion des Wall Street Journal wusste in diesem Sinne zu schlussfolgern:

„Bisher ist die Trump-Administration eine willkommene Verbesserung, da sie mehr Vorschriften zurück nimmt als jeder andere Präsident in der Geschichte.“

Die reine Fokussierung auf den in der Tat widerlichen Verbrecher Donald Trump oder den Nachfahren der Apartheids-Profiteure, Elon Musk, sowie die angebliche faschistische Gefahr und die dahinter stehende Oligarchie (was war Imperialismus je, wenn nicht Herrschaft der Finanzoligarchie?) dient ganz direkt dazu, die Demokratische Partei zu unterstützen und den US-Imperialismus in seiner Gesamtheit zu verteidigen.

Niemand sollte vergessen, dass der vermeintlich so charmante, demokratische und fortschrittliche Barak Obama keinen Funken besser, nicht einen Deut weniger völkermörderisch als Trump war. Das gleiche gilt für Joe Biden. Alle drei sind Kriegstreiber und Massenmörder.

Es ist offenbar, dass der Hauptunterschied zur ersten Amtszeit von Trump heute darin besteht, dass er nunmehr eine Partei hinter sich hat, er seine Pläne

in die Tat umsetzen kann. „Der Unterschied zwischen Trump jetzt und Trump früher ist eine Sache, die mich beeindruckt hat, nämlich wie selbstbewusst, mutig, aggressiv und kreativ er darin ist, die Machtmittel, die ihm zur Verfügung stehen, zu nutzen, um die Stadt, das Land und die Welt nach seinem Willen zu biegen“, hieß es von The Atlantic im Gespräch zu den ersten einhundert Tagen der neuen Trump Administration.

Trump selbst erkannte: „Die zweite Amtszeit ist einfach mächtiger ... Wenn ich sage: ‚Macht es!‘ dann machen sie es.“

Diese Pläne der neuen US-Regierung sehen innenpolitisch vor allem vor, den Haushalt in Ordnung zu bringen. Dem dienen die Zölle und auch die rigorose Sparpolitik. Die New York Times verglich das DOGE Projekt (Behörde für Regierungseffizienz) mit denen von anderen durch die bürgerliche Geschichtsschreibung hochgeachtete Präsidenten, wie Theodore Roosevelts Keep Commission oder auch Ronald Reagans Grace Commission.

Wer in Trump nur einen „Verrückten“ sieht, verpasst den zentralen Aspekt: Trump ist gegenwärtig der höchste politische Repräsentant des US-Imperialismus, er folgt einem Programm, das der gegenwärtig dominanten Fraktion des US-Finanzkapitals entspricht. Das Problem ist nicht Trump, das Problem ist der US-Imperialismus. •



BRASILILIEN: VERSCHÄRFUNG DER KÄMPFE AUF DEM LAND



Im ländlichen Brasilien hat ein mächtiger Aufstand begonnen. Die armen Bauern wehren sich gegen die bewaffneten Schläger der Großgrundbesitzer, sowie gegen die Polizei und die Armee, die die unterstützen. Der Opportunist „Lula“ und seine Regierung konnten nur darin scheitern zu versuchen die Rebellion der Massen zu verhindern. Daher versucht die Reaktion den Aufstand in Blut zu ertränken.

Am 31. März kam es in der indigenen Guaraní-Kaiowá-Gemeinde Avae'te zu einem brutalen Angriff auf eine Mutter, ihren Sohn und ein Baby. Die offizielle Version der Polizei besagt, das Verbrechen sei aus persönlichen Gründen begangen worden. Gemeindeglieder haben jedoch Beweise vorgelegt, die dieser Darstellung widersprechen:

Eine Person übergoss die Häuser einer Bauernfamilie mit Benzin, verschloss die Türen mit einer Kette und zündete sie anschließend an. Der Angriff steht mit einem lokalen Großgrundbesitzer in Verbindung, der das Gebiet begehrt und Angriffe koordiniert, um das Land zu stehlen und ein Luxusresort zu errichten. Eine Woche vor dem Verbrechen wurde berichtet, dass Schläger des Latifundiums die Gemeinde umzingelten.

Die Bauern des von der LCP organisierten Lagers „Gedeon José Duque“ in Machadinho do Oeste, Rôndonia, wurden am 31. März von Schlägern angegriffen, die von der Gruppe Invasão Zero koordiniert wurden. Bauern stellten sich den Truppen des Großgrundbesitzes entgegen und konnten den Angriff abwehren. Zwei Bauern wurden dabei verletzt. Das Lager beherbergt 120 Familien, deren Leben von den Horden der Invasão Zero-Gruppe bedroht wird.

Mehr als 400 Bauernfamilien, organisiert von der Landlosen Bewegung (MST), besetzten am 10. April ein 1,7.000 Hektar großes Latifundium in der Stadt Triunfo, etwa 70 Kilometer von der Hauptstadt Porto Alegre entfernt.

Am 11. April gab es einen Angriff gegen organisierte Bauern in Rondônia, bei dem 26 Bauern festgenommen wurden. Der Einsatz richtete sich gegen das Lager São Francisco in der Region Nova Mutum in Porto Velho. Sechs Fahrzeuge, ein Hubschrauber und mehr als 20 Polizisten waren an der Operation beteiligt. Großgrundbe-

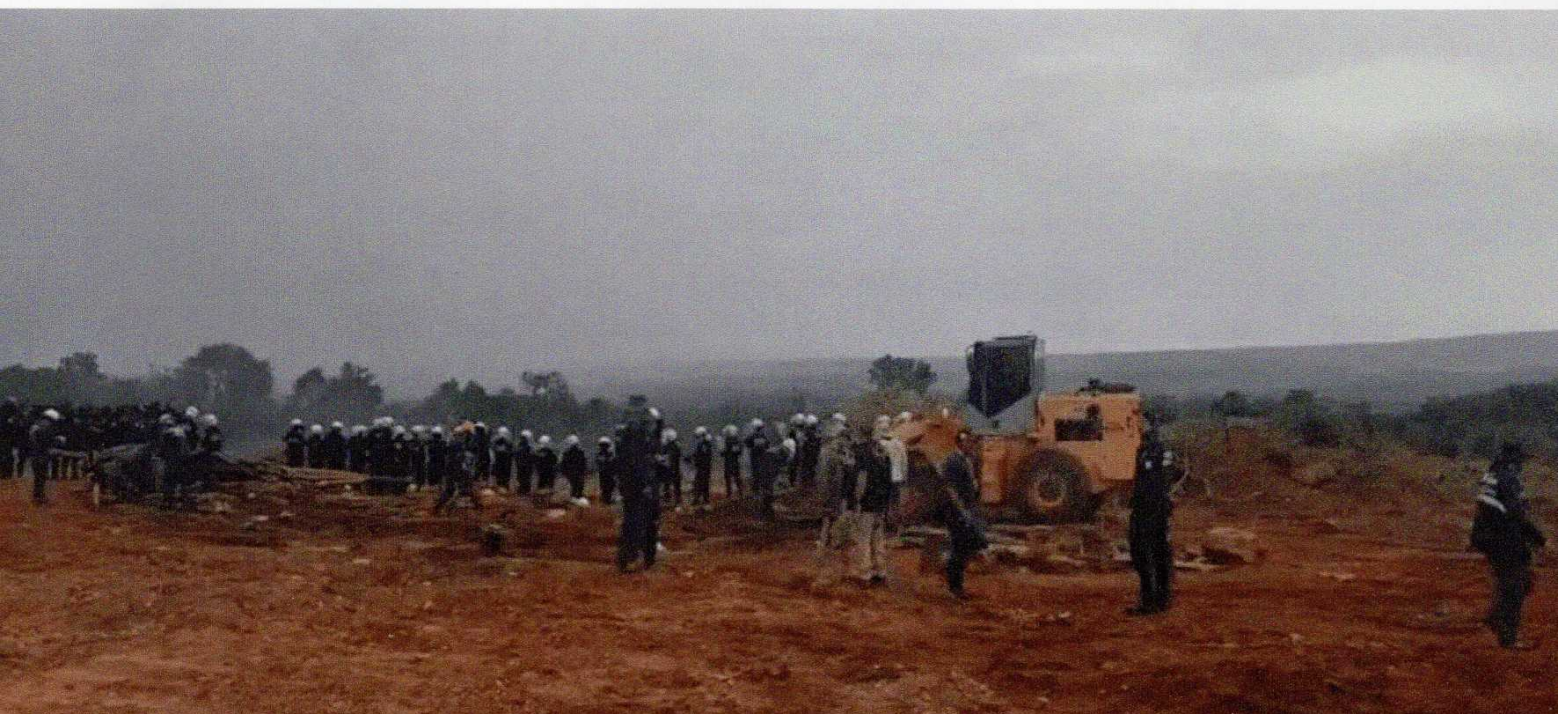
sitzer begleiteten die Operation und gaben sogar Anweisungen, wer verhaftet werden sollte. Die Inhaftierung dauerte zwei Tage. Die Polizeikräfte brannten die Häuser von Bauernfamilien nieder und zwangen Frauen sogar, für sie zu kochen.

Am 15. April wurde das indigene Land Bananal im Nordosten des Distrito Federal, nur fünf Kilometer vom Lager Terra Livre entfernt, von der Militärpolizei angegriffen. Die Militärpolizei rückte zu Pferd und mit Maschinen (Bulldozer u.dgl.m.) vor, um Häuser zu zerstören.

Die indigenen Bauern verteidigten sich. Ein Bauer mit dem Namen Txanu sprach von einem früheren Mordanschlag, bei dem eine Bombe auf sein Haus geworfen wurde. Was das Ausmaß der Konfrontation verdeutlicht.

Am 26. April gingen Bauern aus der Gegend von Gedeon José Duque, nach einer Reihe von Angriffen, gegen die Bande von Gesulino Castro vor. Sie trafen die Kriminellen, die gerade den Wald abholzten. Die Kriminellen griffen die Bauern an, die reagierten. Es wurden keine Arbeiter verletzt.

Nach dem Eingreifen der Bauern zur Selbstverteidigung traten einige der Schläger hektisch den Rückzug an, ließen andere zurück und verletzten mindestens einen ihrer eigenen Leute dabei. Auch hier ist eine größere Eskalation in der nächsten Zukunft zu erwarten. •



FRAUENFEINDLICHKEIT ALS PROGRAMM

Der Wahlzirkus ist vorbei und die neue Regierung steht. Auch wenn die SPD ein historisch schlechtes Wahlergebnis erzielt hat bei der Bundestagswahl, ist sie auch diese Legislaturperiode mit in der Regierung, wenn auch als Juniorpartner.

Statt „Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ (so der Titel des Koalitionsvertrages der SPD, Grünen und FDP), heißt es nun „Verantwortung für Deutschland“ von CDU, CSU und SPD.

Die ehemalige Ampelkoalition stellte sich als sehr feministisch vor, eine Außenministerin Annalena Baerbock, die „feministische Außenpolitik“ machte war dabei nur das i-Tüpfelchen. Umgesetzt von den Forderungen wurde aber nahezu keine.

Besonders schmückte sich die Ampelkoalition mit dem Vorhaben, den Paragraphen 218 zu reformieren bzw. zu streichen, der bis heute Abtreibungen als Tötungsdelikt behandelt und nur unter bestimmten Umständen Straffreiheit gewährt.

Abgeschafft wurde dann lediglich der Paragraph 219a, der es Ärzten bis dahin verbot, auf ihrer Website darüber zu informieren, welche Arten der Abtreibung sie anbieten.

Die Krönung der Ampelkoalition war der Versuch, nachdem das Ende der Koalition klar war und schon Neuwahlen geplant wurden, eine Reformierung des Gewaltschutzgesetzes und ein neues Gewalthilfegesetz zu machen, welches Frauen schützen sollte.

Natürlich ohne Ergebnis, aber mit dem Kalkül, vor der Neuwahl auf Stimmenfang bei den Wählerinnen zu gehen. Die CDU/CSU wehrte sich erfolgreich dagegen, doch dazu später mehr.

FEMINISMUS FÜR DIE BOURGEOISIE

Jetzt ist die SPD wieder in der Regierung und im neuen Koalitionsvertrag sucht man vergebens nach den „feministischen“ Forderungen der SPD

der letzten 3,5 Jahre. Natürlich möchte die neue Große Koalition die „tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft“ und definiert diese als ihr „zentrales Anliegen“.

Als Weg dahin möchte die Koalition vor allem den Lohn von Frauen und Männern für gleiche Arbeit gleichsetzen und Frauen in Führungspositionen fördern. Das erste ist eine gerechtfertigte Forderung, die in der Frauenbewegung immer wieder formuliert wurde, aber bis heute, trotz zahlreicher Versprechungen, nicht umgesetzt wurde.

Die Förderung von Frauen in Führungspositionen ist Ausdruck des bürgerlichen Feminismus, der Frauen innerhalb des Imperialismus, eine Möglichkeit geben will, auch Ausbeuterin zu werden und für einen großen Teil der Bevölkerung, v.a. die Arbeiterklasse, keine relevante Rolle spielt.

REFORMIERUNG DES

GEWALTSCHUTZGESETZES: JETZT DOCH?!

Weiter im Koalitionsvertrag, welche konkreten Forderungen betreffen die breite Masse an Frauen?

Wie angesprochen, gab es kurz vor den Neuwahlen Debatten darüber, wie man Frauen besser vor Gewalt schützen kann, wobei die CDU/CSU ankündigte keinem der Vorschläge zuzustimmen.

Im Koalitionsvertrag kann man nun viele der Vorschläge wiedererkennen, z.B. bei der Reformierung des Gewaltschutzgesetzes. Auf einmal fordert nämlich auch die CDU/CSU, dass dieses weiterentwickelt wird.

So soll laut dem Koalitionsvertrag ein neues Qualifikationsmerkmal bei dem Tatbestand von Mord eingeführt werden. In einigen Ländern gibt es das bereits und es bedeutet, dass diese Tat dann explizit als Frauenmord gewertet wird.

Auch soll die geforderte elektronische Fußfessel und verpflichtende Anti-Gewalttrainings für Täter angewandt werden. Dass die CDU/CSU diesem Entwurf im vergangenen Winter nicht zustimmten, aber jetzt im von ihr geführten Koalitionsvertrag im fast selben Wortlaut die gleichen Forderungen aufstellen, ist an Doppelmoral nicht zu überbieten.

Jetzt haben diese beiden Parteien die Möglichkeit sich als „Beschützer der Frauen“ aufzuspielen und die SPD zeigt, dass es ihr egal ist, ob und wann so ein Gesetz verabschiedet wird, Hauptsache, sie können damit Stimmen einkassieren.

Ob und wie diese in Koalitionsvertrag angedachte Reformierung des Gewaltschutzgesetzes dann auch umgesetzt wird, ist allerdings nicht sicher, denn die gleiche Zielsetzung wurde ja bereits in der letzten Legislaturperiode nicht ernsthaft angegangen.

DIE SPD ZEIGT „FLEXIBILITÄT“ BEI FRAUENRECHTEN

Auch wenn die Änderung des Gewaltschutzgesetzes eine kleine Verbesserung bedeuten könnte, so bietet der neue Koalitionsvertrag auch Passagen, die jeden Menschen, der sich für Frauenrechte interessiert, in Fundamentalopposition zur Regierung bringen muss (so dies noch nicht der Fall ist).

Wie gesagt strebte die ehemalige SPD-Grüne-FDP-Koalition laut Koalitionsvertrag eine Überarbeitung des Abtreibungsparagraphen an.

Zahlreiche Frauen machten sich Hoffnungen, dass Abtreibungen in Deutschland nach einem langen Kampf endlich legal werden könnten – unter einer SPD-Regierung.



Im neuen Koalitionsvertrag der neuen (kleinen) Großen Koalition findet sich heute dazu kein Hinweis. Stattdessen gibt es einen deutlichen

Rückschritt, wenn es heißt:

„Wir wollen Frauen, die ungewollt schwanger werden, in dieser sensiblen Lage umfassend unterstützen, um das ungeborene Leben bestmöglich zu schützen.“

Der erzreaktionäre Lebensschützer-Standpunkt der sogenannten Christdemokraten hat Einzug gehalten. Natürlich soll die Versorgungslage von Frauen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen lassen wollen, verbessert werden. Das ist aber eine Minimalforderung aus frauenrechtlicher Sicht, selbst bei bürgerlichen Feministinnen.

Aber der Kernpunkt dieser Forderung ist nicht die Frau, sondern das „ungeborene Leben“ (was ein überaus metaphysisches Menschenbild voraussetzt).

Wie das genau umgesetzt wird, ist nicht deutlicher ausgeführt, aber es bedeutet implizit, dass Frauen in der verpflichtenden Beratung vor so einem Eingriff noch mehr moralistischen Druck bekommen, die Abtreibung nicht durchzuführen.

Andere Punkte des Koalitionsvertrages wie der bessere Zugang zu Elterngeld oder ein geplantes „Familienbudget“, damit sich Familien eine Haushaltshilfe leisten können, begünstigen diese Wende in der Abtreibungsdebatte.

Die SPD zeigt hier ihr wahres Gesicht:

Ihr ging es nie darum, dass Frauen ein Recht auf Abtreibung haben. Sie wollte einfach nur in der Regierung sein, Posten besetzen und dazu gehört auch eine Flexibilität in ihren Standpunkten – auf dem Rücken der Hälfte der Bevölkerung und vor allem der Arbeiterinnen, die darauf angewiesen sind, dass sie legal abtreiben dürfen.

Sie tun dies auch, weil für sie kostenintensive Alternativen, wie sie für die Frauen des Kleinbürgertums und Bürgertums bereitstehen, die ausreichend Geld für so eine Prozedur unabhängig

von gesetzlichen Vorschriften haben, nicht in Frage kommen.

Die SPD zeigt offen ihr frauenfeindliches Gesicht.

IMPERIALISTISCHER CHAUVINISMUS

STATT SCHUTZ DER FRAUEN

Zu guter Letzt will sich auch die Große Koalition für eine europaweite Umsetzung des Istanbul-Konvention einsetzen. Das ist ein europäisches Abkommen, welches den Schutz von Frauen vor (häuslicher) Gewalt erhöhen soll.

Trotz dessen, dass diese Konvention seit 2018 in Deutschland gültig ist, sind viele ihrer Bestandteile, wie z.B. ausreichende Frauenhausplätze, bis heute nicht umgesetzt. Sich dafür einzusetzen, dass diese Konvention europaweit umgesetzt wird, während sie hier in Deutschland außer ein paar halbherzigen Versuchen nicht mal im Ansatz greift, ist zynische Heuchelei und an imperialistischen Chauvinismus kaum zu überbieten. Lieber mit dem Finger auf andere zeigen, als das Problem der Gewalt gegen Frauen im eigenen Land, indem man regiert, anzupacken.

KEINE VERBESSERUNGEN IN SICHT

Der neue Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD bietet keine wirklichen Verbesserungen für die tiefsten und breitesten Massen in diesem Land, schon gar nicht für Frauen. Das zeigt deutlich, dass es der Bourgeoisie, egal welcher Fraktion, nicht darum geht die Frauen zu schützen, sondern sie an die Wahlurnen zu locken um sich ihre scheinbare Legitimität durch den Wahlzirkus bestätigen zu lassen.

Das wird die meisten bei der CDU/CSU nicht überraschen, aber die Kehrtwende der SPD v.a. bei den Frauenfragen, sollte so manchen, die Illusionen in die bürgerlich demokratische Parteien haben, die Augen öffnen. •

DER BETRÜGER FRIEDRICH MERZ UND SEINE KOMMENDE REGIERUNG

Knapp 150 Seiten hat der „Verantwortung für Deutschland“ betitelte Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für 21. Legislaturperiode, d.h. die kommende Regierung.

In der ersten Aprilhälfte präsentierten Friedrich Merz (CDU), Markus Söder (CSU) sowie Saskia Esken und Lars Klingbeil (SPD) auf einer Pressekonzferenz in Berlin sechs Wochen nach der Bundestagswahl ihren Koalitionsvertrag.

Auch wenn ein Koalitionsvertrag in keiner Weise rechtlich bindend ist – weder gegenüber dem formalen Souverän, d.h. dem deutschen Volk, noch den Wählern und auch nicht gegenüber der eigenen Partei – er zeichnet doch im allgemeinen die Grundlinien der zu erwartenden Politik der kommenden Regierung. Auch der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD tut dies.

Das Bürgergeld soll seinen Namen ändern und künftig eine Grundsicherung für Arbeitssuchende werden. Diese soll mit verstärkten Sanktionen und Druck verbunden sein. Dazu gehört auch die Maßnahme eines „vollständigen Leistungsentzugs“.

Die angekündigte sogenannte „Flexibilisierung der Arbeitszeiten“ greift das erkämpfte Recht des Acht-Stunden-Tags direkt an. Es soll lediglich eine wöchentliche Höchst Arbeitszeit festgelegt werden.

Die Ausweitung der Wochen- und Lebensarbeitszeit verschärft die Ausbeutung ganz offensichtlich und auch die sogenannte „Aktivrente“ – d.h. Weiterarbeiten nach Erreichen des Renteneintrittsalters – schlägt in die gleiche Kerbe.

Die Kosten zum Erreichen der „Klimaziele“, inklusive kompletter Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2038 usw. werden trotz angekündigter „Technologieoffenheit für Kraftwerke, Heizungen und Kraftfahrzeuge“ durchgesetzt und den Massen auferlegt. Die Monopole des deutschen Finanzkapitals hingegen erhalten mit dem Industriestrompreis direkte Subventionen.

Aber dabei wird nicht stehen geblieben. Die Konzerne sollen für die nächsten drei Jahre eine *Supersonderabschreibungserlaubnis* von 30 Prozent pro Jahr erhalten. Das sind direkt staatliche Subventionen für „Investitionen“, um aus der Rezession heraus zu kommen, die nun schon über zwei Jahre andauert. Ab 2028 soll dann die Körperschaftsteuer von 15 auf 10 Prozent gesenkt werden.

Es gibt auch Steuergeschenke für gewisse Klientelgruppen der Regierung. So soll etwa der Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie von 19 auf 7 Prozent gesenkt werden und für Landwirte wird der Kraftstoff wieder subventioniert, um deren Probleme zu verringern, aber die Interessen der Monopole der Lebensmittelindustrie unberührt zu lassen.

Die Abschaffung des nationalen Lieferkettengesetzes, welches Unternehmen verpflichtete, auch bei ihren Zulieferern im In- und Ausland die Einhaltung Arbeitsrechten u.dgl.m. zu überwachen, ist ein weiteres Schmankerl für die Finanzoligarchie.

Die umfangreichen staatlichen Investitionen in Brücken, Straßen, Schienen und andere Infrastrukturprojekte, sind 500 Milliarden Euro schuldenfinanzierte Aufträge an den lahmen Bausektor des deutschen Imperialismus.

Das ist genau das, was in der Erklärung des Roten Bund direkt nach den Bundestagswahlen definiert wurde:

„Die neue Regierung wird die Voraussetzungen für eine größere Ausbeutung der Arbeiterklasse weiter begünstigen. Im Interesse des Profits der Monopolkapitalisten werden sie alles dafür tun, um Reallohnensenkungen und Steigerungen der Arbeitsintensität zu fördern. Sie werden die sogenannten „Sozialleistungen“ kürzen, damit wir wegen der Angst vor der Brotlosigkeit alle Demütigungen und Erpressungen der Bonzen akzeptieren sollen. Dem Finanzkapital werden sie alles geben was sie können, wir kriegen nur mehr Armut und Elend.“

NIEDER MIT DER LOHNSKLAVEREI!!

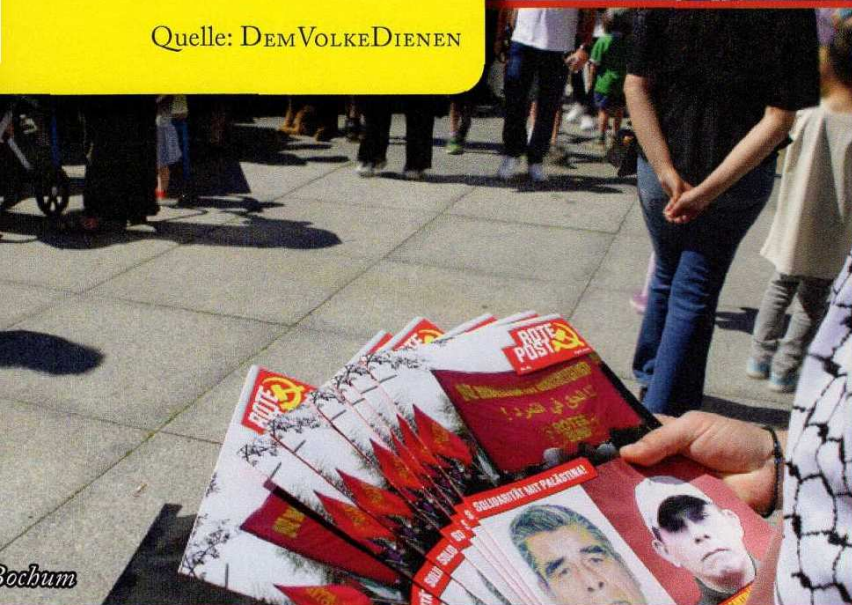


BILD DES MONATS

Der Rote Bund am 1. Mai 2025

Quelle: DEMVOLKEDIENEN

Bremerhaven



Bochum



Offenes Palestina Treffen Bochum





Duisburg



Freiburg



Dortmund



Leipzig



Bremen

Der zweite besonders relevante Aspekt der neuen Regierung ist die weitere Militarisierung. Die umfangreichen Rüstungspläne, zum Erreichen der „Kriegstüchtigkeit“ des deutschen Imperialismus, hat sich die neue Regierung bereits vom alten Bundestag genehmigen lassen. Im Gegensatz zu allen Versprechung über „soziale Zugeständnisse“ gibt es hierbei keinerlei Finanzierungsbeschränkungen mehr.

Neben der „Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit“, soll Deutschland eine wichtigere Rolle als zentrale Drehscheibe der NATO spielen. Die Militarisierung der Gesellschaft wird vorangetrieben, auch durch eine stärkere Präsenz der Bundeswehr im öffentlichen Leben, die Stärkung der Jugendoffiziere und die Wiedereinführung eines zunächst „freiwilligen Wehrdienstes“.

Im Kanzleramt soll ein „Nationaler Sicherheitsrat“ eingerichtet werden. Dort soll im Gegensatz zu verfassungsrechtlichen Normen wie der angeblichen „Parlamentsarmee“ u.dgl.m. die Macht der Exekutive, hier in besonderer Form direkt dem Kanzler in die Hände gelegt, zentralisiert werden.

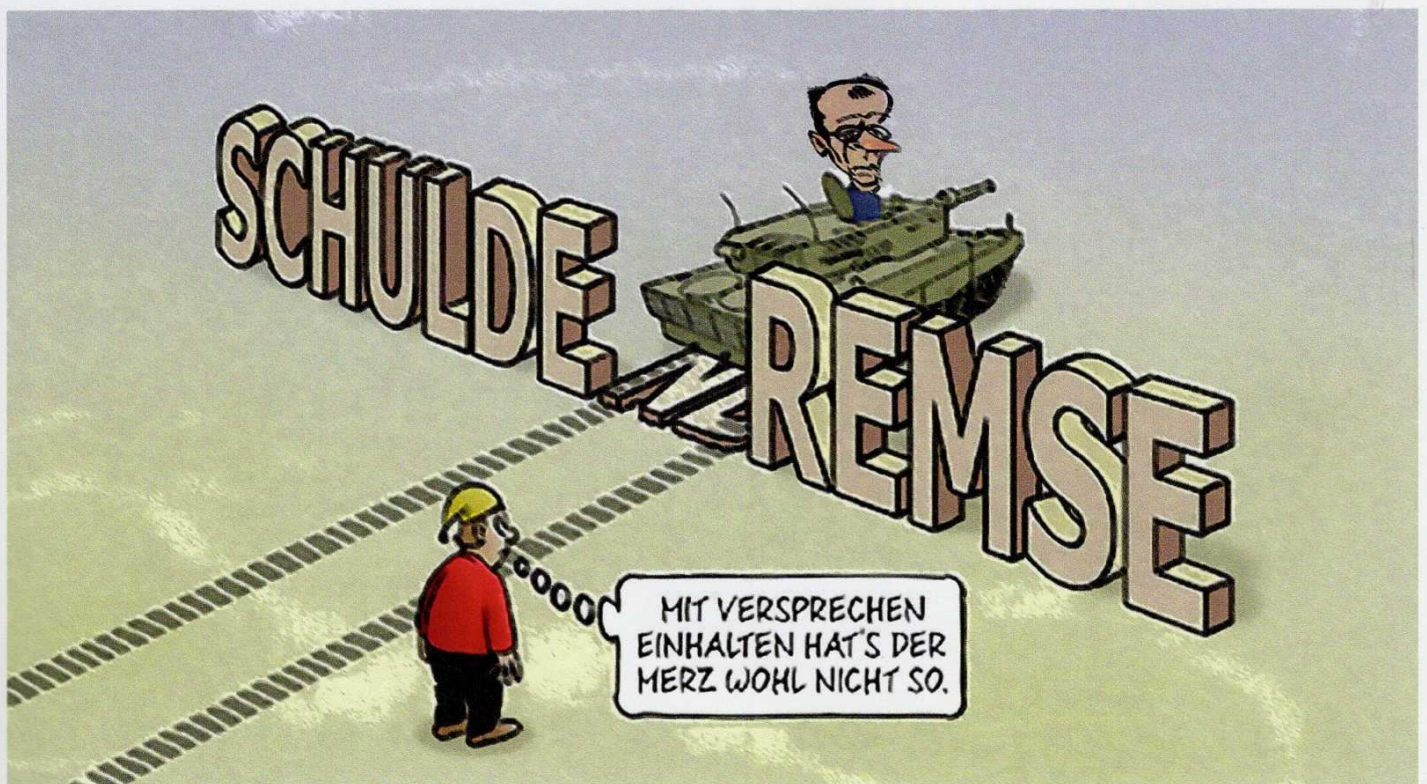
Russland wird als Hauptgegner definiert. Es sei die „größte und direkteste Bedrohung“. Dementsprechend wird die Ukraine-Politik bekräftigt, der Krieg weiter angeheizt und das ukrainische Volk weiterhin für

die Interessen des deutschen Kapitals vermittels des Selenski-Regimes geopfert.

Gegenüber China ist der Koalitionsvertrag deutlich zurückhaltender. Es gibt ein Bekenntnis zur Ein-China-Politik. Im Gegensatz zur gegenwärtige Politik des Yankee-Imperialismus heißt es, „mit China suchen wir Zusammenarbeit“, auch wenn es „Elemente systemischer Rivalität“ gäbe. Die künftige Regierung will darum an einer Verringerung von „Abhängigkeiten“ gegenüber dem sozialimperialistischen China arbeiten.

Wo England, Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea als „Wertepartner“ hervorgehoben werden, und auch die Türkei als „wichtiger strategischer Partner“ benannt wird, fehlen ähnliche Aussagen gegenüber Frankreich. Nicht fehlen darf freilich das Bekenntnis zu Israel und der weiteren Unterstützung für dessen Völkermord gegen die Palästinenser, zynisch „Sicherheit“ genannt.

Auch die Hochrüstung gegen das eigene Volk steht auf der Agenda: Das Bundeskriminalamt und der Inlandsgeheimdienst sollen gestärkt werden, die Befugnisse der Bundespolizei werden ausgeweitet und weitere Maßnahmen ergriffen, z.B. soll „Volksverhetzung“ künftig noch stärker gegen Kritiker der Regierung eingesetzt werden können. Die Vorratsda-



tenspeicherung wird wieder eingeführt. Auch das war genau so vom Roten Bund vorher gesagt worden:

„Die neue Regierung wird alles tun, um den deutschen Imperialismus zu stärken. Sie wird alles dafür tun, um die Ausbeutung und Unterdrückung der Nationen der Dritten Welt zu verschärfen. Sie wird noch entschlossener den Genozid gegen das Volk Palästinas unterstützen. Sie wird alles dafür tun, um die Völker Ost- und Südeuropas bluten zu lassen und zu knechten. Sie wird versuchen weiter den Widerstand des ukrainischen Volkes für ihre eigenen Interessen zu nutzen. Im Namen des „Friedens“ wird sie überall auf der Welt ungerechte Kriege fördern und dabei dafür sorgen, dass die Kriegsindustrie haarsträubende Gewinne macht. In diesem Sinn wird sie die Militarisierung der Gesellschaft vorantreiben, das Kriegsministerium wird stets neue Rekordsummen zur Verfügung gestellt bekommen und alles was vom „Sozialstaat“ noch übrig ist, wird im Namen von „Sicherheit und Frieden in Europa“ abgeschlachtet.“

Die neue Regierung wird die Generaloffensive gegen die sogenannten demokratischen Rechte noch intensivieren. Der seit dem Ausnahmezustand andauernde Angriff auf die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, der unter dem Deckmantel der Covid-19 Pandemie ausgeführt wurde, wird noch an Stärke zunehmen. Die Hexenjagd auf Antimperialisten und konsequente Antifaschisten wird noch gewaltsamer und niederträchtiger werden. Jedes sogenannte Grundrecht wird mehr und mehr verneint werden, für diejenigen die frei ihren religiösen Überzeugungen folgen wollen wird es nicht besser werden, es wird nicht besser werden für die kämpfenden Frauen oder die rebellierende Jugend, es wird schlimmer.“

Alle Versprechungen die im Koalitionsvertrag gemacht werden, stehen unter einem sogenannten „Finanzierungsvorbehalt“, sie sind entsprechend unverbindlich, d.h. sie werden in ihrer Mehrheit nicht umgesetzt werden. Das gilt auch für die vorläufige Abkehr von einer weiteren Erhöhung des Renteneintrittsalters, von wegen „die Rente ist sicher“, oder die Erhöhung des Mindestlohns im kommenden Jahr auf 15 Euro. Mietpreisbremse, Deutschland-Ticket und alle weiteren „Wohltaten“ dienen dazu die breiten Volksmassen im Angesicht der anhaltenden Krise nicht unnötig zu provozieren bzw. deren Kampfbereitschaft nicht noch mehr zu erhöhen. Die Betonung des „sozialen Zusammenhalts“ im Koalitionsvertrag ist dabei für eine Regierung unter der Person Friedrich Merz, der eigentlich als konservativer Hardliner

bekannt war, bemerkenswert. Ähnlich verhält es sich mit der Umsetzung von Forderungen der AfD durch die Koalitionäre. Die Abschaffung des Asylrechts durch Abweisung an den Grenzen, die Einschränkung bzw. Abschaffung des Familiennachzug, sowie die Abschaffung der beschleunigten Einbürgerung, dienen der Festigung der sozialen Basis der Herrschaft des deutschen Finanzkapitals. Darum ist es so wichtig, wie die Erklärung des Roten Bund abschloß:

„Das von allen bürgerlichen Parteien unabhängige und klassenbewusste Organisieren der Arbeiterklasse voranzutreiben, das ist die dringende Aufgabe der Stunde.“

Wir als der Rote Bund sagen der neuen Regierung, dem neuen Parlament und all den Parteien die davon teil sind, den Kampf an.

Wir werden gegen all ihre Pläne Widerstand leisten. Wir werden alles tun um diese zu untergraben. Wir werden versuchen jeden Widerspruch in ihren Reihen zu vertiefen und keine Gelegenheit zu verpassen, um ihre Machenschaften zu enthüllen. Wo sie Ordnung haben wollen, werden wir alles dafür tun Unordnung zu stiften.

Wo sie Ordnung haben werden wir alles dafür tun Unordnung zu stiften.

Wir werden unsere Anstrengungen vervielfachen, um die Arbeiterklasse und das Volk zu mobilisieren, zu politisieren und zu organisieren. Wir werden tiefere Wurzeln unter den meist Ausgebeuteten und Unterdrückten in diesem Land schlagen. Wir werden noch mehr mit den Massen arbeiten, leben und kämpfen. Wir werden uns noch fester und enger in die Reihen der Legionen des Internationalen Proletariats einordnen. Wir werden entschlossener denn je den deutschen Imperialismus bekämpfen.“

In diesem Sinne machen wir die Parolen des Roten Bundes zu unseren:

Nieder mit der neuen Regierung!

Nieder mit dem neuen Bundestag und allen seinen Parteien!

Nieder mit dem deutschen Imperialismus!

Kämpft und Wehrt euch!

Hinein in den Roten Bund!

FEUDALES IM SPÄTI

Man sollte meinen, dass in einem Land wie Deutschland feudale und halbfeudale Formen der Unterdrückung und Ausbeutung Geschichte seien.

Betrachtet man jedoch die unteren Schichten des Kleinbürgertums in den Städten, besonders Familien welche (sehr) kleine Betriebe führen, sei es das kleine Restaurant an der Ecke, der Kiosk neben an oder vergleichbares, die meist selber aus halbfeudalen/halbkolonialen Ländern stammen, so sehen wir eine andere besondere Realität die eine andere Geschichte erzählt.

Solche Familiengeschäfte – der Name sagt schon fast alles – sind häufig Existenzgrundlage für die entsprechende Familie entsprechend muss auch die ganze oder zumindest ein großer Teil der Familie hier arbeiten um den Laden am Laufen zu halten.

„Im Ergebnis bestätigte sich, dass Kioske als Einzelkämpfer unterwegs sind. Für die Besitzer bilden sie oftmals die alleinige Existenzgrundlage. Das operative Geschäft nimmt oftmals so viel Zeit in Anspruch, dass „strategische“ Überlegungen unterbleiben.“

- so eine Studie aus dem Jahr 2021.

Der kleine Laden, der praktisch rund um die Uhr geöffnet ist, aber trotzdem kaum etwas abwirft, das über die monatlichen Ausgaben hinausgeht funktioniert und kann nur funktionieren, weil sehr selten einer der Familienangehörigen die dort arbeiten einen Lohn bekommt.

Ein Kiosk verdient nach Statistik durchschnittlich ca. 2.200 € brutto. Nach Abzügen sind das weniger als 1.500 Euro netto. Davon muss eine Familie leben, was deren gesellschaftliche Stellung in Bezug auf die Verteilung des Reichtums verdeutlicht.

Um auf dieses Einkommen zu kommen muss ein Kiosk mindestens 12 Stunden am Tag auf haben. Der Laden darf nicht zumachen, sonst bleiben die Kunden weg. Da muss jemand aus der Familie übernehmen, wenn z.B. Bestellungen oder Abrechnungen gemacht werden, oder bei der Reinigung, oder wenn man doch einmal schlafen muss.

Die Realität hier im Land ist feudale Gratisarbeit von Familienangehörigen in vielen Bereichen. Besonders dort wo Menschen mit Migrationsgeschichte aus Ländern der dritten Welt stammen, herrschen oft solche Verhältnisse. Dabei wird auch im bürgerlich-demokratischen juristischen Fachjargon die Ausbeutung der Arbeitskraft in der Ehe wie folgt festgelegt:

„Die Ehegatten sind einander verpflichtet, durch ihre Arbeit und mit ihrem Vermögen die Familie angemessen zu unterhalten.“

„Bei der Wahl und Ausübung einer Erwerbstätigkeit haben sie auf die Belange des anderen Ehegatten und der Familie die gebotene Rücksicht zu nehmen.“

BGB § 1360 und BGB § 1356

Letzteres bezieht sich nicht einmal rein auf den ökonomischen Aspekt, da dieser Satz ziemlich vage ausgedrückt ist und viel Spielraum lässt ausgelegt zu werden.

Dies ist ein Ausdruck der doppelten Unterdrückung der Frau in diesem besonderen Fall von Ausbeutungsverhältnis mit feudalen Zügen in der BRD, die rechtlich gesehen als Ehegattin verpflichtet wird sich den Nöten und Zwängen der Familiären Situation unterzuordnen. Auch das hält die Frau davon ab aktiv am Produktionsprozess teil zu nehmen, zwingt sie in die finanzielle Abhängigkeit des Mannes, bindet sie ökonomisch an ihn und garantiert damit, dass sie kostenlose Reproduktionsarbeit leisten muss. Jedoch genügt häufig die Arbeit des Mannes und der Frau nicht, zusätzlich müssen je nach Fall Brüder, Schwestern, Großeltern, Tanten, Onkel und Kinder in dem Geschäft aushelfen.

Dies ist ein wesentlich höheres Maß an Ausbeutung, was normalerweise die Kleinbourgeoisie innerhalb eines imperialistischen Landes erfahren muss. Es ist viel mehr mit der Ausbeutung zu vergleichen, die der Imperialismus in den halbkolonialen und halbfeudalen Ländern in Lateinamerika, Asien, Afrika und den östlichen Teilen Europas durchsetzt. Solche „Traditionen“, an die Migranten aus solchen Herkunftsländern bereits gewöhnt sind, zumindest indirekt ausnutzend, kann der deutsche Durchschnittsarbeiter auch um zehn Uhr abends noch eine

Schachtel Zigaretten kaufen, ohne den langen Weg zum nächsten Supermarkt oder Tankstelle auf sich nehmen zu müssen.

Die kostenlose Arbeit der Kinder rechtfertigt die herrschende Klasse wie folgt:

keine Ahnung davon haben, wie man das eigene Bett macht.

Der daraus erwachsende Unterschied zeigt warum Rassismus Klassencharakter hat. Abneigung, Vorurteile und Rassismus, die durch die Spaltungs-



„Das Kind ist, solange es dem elterlichen Hausstand angehört und von den Eltern erzogen oder unterhalten wird, verpflichtet, in einer seinen Kräften und seiner Lebensstellung entsprechenden Weise den Eltern in ihrem Hauswesen und Geschäft Dienste zu leisten.“

BGB § 1619

Daraus folgt, dass die Arbeitskraft der Kinder durch ihre eigenen Eltern ausgebeutet wird bzw. werden muss, um die Existenz der Familie zu gewährleisten. Sie haben weniger Zeit zum spielen, für Sport, Lernen oder für Erholung nach der Schule – sie müssen arbeiten, hart arbeiten – ganz im Gegensatz zur Realität der meisten Deutschen, die bis zum 25. Lebensjahr Kinder bleiben dürfen und solange

politik der herrschenden Klassen geschürt wird, dient dazu Gemeinsamkeiten als unterdrückte Klassen zu verschleiern um die Klassen des Volkes zu spalten, damit wir nicht zusammen gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen.

Der Imperialismus – ganz besonders der deutsche – fegt nicht die vorkapitalistischen Unterdrückungs- und Ausbeutungsweisen hinweg, sondern nutzt diese, in dem er sie vertieft und evolutioniert, ihnen eine andere Form gibt. •

ROT UND GRÜN SCHWARZ UND WEISS

Alles eitel Sonnenschein könnte man meinen wirft man einen Blick auf den Koalitionsvertrag der neuen und alten angehenden Hamburger Regierung aus SPD und Grünen.

*„Hier leben die glücklichsten Bürger*innen Deutschlands. Seit vielen Jahren halten wir politisch Kurs und gestalten diese Metropole in allen Lebensbereichen positiv.“* - das meint man tatsächlich ernst und Hamburg ist eine der reichsten Städte im Land. Aber das ist nur die eine Seite der Medaille.

Eine andere Realität drückt sich aus, wenn die Arbeiter im öffentlichen Dienst der Stadt Hamburg sprechen:

Massiver Personalmangel, verletzte Aufsichtspflichten, ausgebrannte Arbeiter, Überstunden, Verletzungen und psychischen Erkrankungen ...

Hören wir ihnen zu:

KINDERSCHUTZ

Wochenende im Kinderschutzhaus: zusätzlich zur Betreuung von sieben bedürftigen Kindern, darunter zwei, die noch kein Jahr alt sind, ich bin wegen Personalmangels alleine im Dienst. Zwischen Essenszubereitung, Wäsche waschen, Aufräumen und Säubern findet eine permanente Aufsichtspflichtverletzung statt. Ich kann nicht überall sein. Die Kinder weinen und schreien, fühlen sich allein gelassen und ringen um meine Aufmerksamkeit. Mir bleibt in der achtstündigen Schicht keine Zeit, meine Pause zu machen oder nur auf die Toilette zu gehen.

Dann geschieht ein Unfall. Ein vierjähriges Mädchen ist gegen einen Türrahmen gelaufen und hat eine Platzwunde. Ich leiste Erste Hilfe, der Krankenwagen kommt. Die Wunde muss genäht werden und das Kind ins Krankenhaus. Aber weil ich alleine im Dienst bin und die anderen sechs Kinder versorgt werden müssen, kann ich das Haus nicht verlassen. Die Vierjährige muss ganz allein mit den Notfallsani-

tätären ins Krankenhaus fahren. Sie weint und schreit: „Ich will nicht allein, ich will nicht, ich will nicht!“ Der Krankenwagen fährt mit dem schreienden Kind los.

Meine Kopfschmerzen werden stärker. Das kenne ich schon. Ich bekomme einen Migräneanfall. Es geht nicht anders: Ich begehe eine Aufsichtspflichtverletzung, weil mein Körper die massive Arbeitsbelastung über mehrere Tage nicht mehr mitmacht. Die Kinder sind auf mich angewiesen, aber ich kann sie nicht mehr ausreichend versorgen. Und ich bin allein.

MADENBEFALL

Täglich landen Hunderte Hilfe suchende E-Mails bei mir und meinen Kolleginnen und Kollegen in den Hamburger Grundsicherungs- und Sozialämtern. In vielen Fällen sind die Bürger auf unsere schnelle Hilfe angewiesen, weil durch eine zu kleine Rente, Krankheit oder den plötzlichen Tod des Ehepartners die Sicherung des Lebensunterhalts oder der eigenen Wohnung in Gefahr ist.

Viele der Bürger sind alt und allein und haben sonst niemanden, der ihnen hilft. Ein digitaler Hilferuf ist mir besonders in Erinnerung geblieben.

Ein Bestatter erinnert dringend daran, dass er auf einen Bescheid für die Sozialbestattung eines Menschen wartet, der schon vor mehr als drei Monaten verstorben ist. Er bittet um eine schnellstmögliche Entscheidung.

Durch die lange Bearbeitungszeit sei der Leichnam mittlerweile in einem sehr schlechten Zustand: „Madenbefall“.

FÖRDERSCHULE

Ich bin Erzieherin an einer Förderschule in Hamburg. Viermal in der Woche bin ich in der letzten Schulstunde als einzige Fachkraft in meiner

Klasse eingeteilt. Ich werde an diesem Tag nur durch eine einzige Schulbegleitung unterstützt – das sind Hilfskräfte ohne Fachausbildung.

Drei andere Schulbegleitungen sind krank. Wir sind also zu zweit und haben acht Kinder mit schweren Beeinträchtigungen zu versorgen, vier davon im Rollstuhl und zwei mit enormem Aggressions- und Gewaltpotenzial.

Die siebte Stunde beginnt. Zwei Kinder müssten eigentlich sofort in die Pflege gebracht werden. So nennen wir es, wenn die Windel gewechselt werden muss. Bei einem der Kinder ist die Windel bereits übergelaufen.

Ich überlege noch, wie ich in die Pflege gehen soll, wenn doch die Schulbegleitung dann ganz allein in der Klasse ist – da werde ich abgelenkt. Eines der Kinder mit hohem Aggressionspotenzial schreit laut und fängt an, andere Schüler zu treten und zu schlagen.

„Okay, die Pflege muss warten“, denke ich und versuche, die Situation zu entschärfen. Dies gelingt allerdings nicht, weshalb der Schulbegleiter das Kind erst festhalten muss. Er wird dabei in den Oberarm gebissen.

Ich muss mich sofort einer anderen brenzligen Situation annehmen. Ein Kind schreit und weint plötzlich. Ich sehe, wie ein anderer Schüler dem Kind wiederholt von unten mit der Faust ins Gesicht schlägt.

Ich greife sofort ein und trenne die beiden. Der Junge wehrt sich mit Händen und Füßen, schlägt und tritt mich so hart, dass ich später voller blauer Flecken bin.

Das Kind lässt sich nicht beruhigen. Sobald ich es loslasse, geht es sofort zum nächsten Kind und greift es körperlich an. Die beiden Kinder, die auf die Pflege warten, sitzen nun seit mehr als 30 Minuten in ihrem eigenen Kot. Ich weiß mir nicht anders zu helfen, als den aggressiven Schüler im Therapiestuhl zu fixieren.

Ich bin mit meinen Kräften am Ende und einfach nur froh, als alle Kinder endlich in den Bussen sitzen und auf dem Weg nach Hause sind. Ich selbst komme zu Hause nicht zur Ruhe. Obwohl ich diese Arbeit

eigentlich gerne mache, frage ich mich fast jeden Tag, ob es das noch wert ist.

BEIM ASD

Sie fühle sich verlassen, sagt die Kollegin. Bitter sei das – so ganz alleine „an der Front“. Sie sei eine Frau, die Tacheles reden und die auf den Tisch hauen kann. Die wieder aufsteht, wenn sie fällt.

Doch wenn die Arbeiterin im Jugendamt von ihrem Arbeitsalltag erzählt, bricht sie immer wieder in Tränen aus.

„Man wird richtig dünnhäutig. Das kenne ich eigentlich gar nicht von mir“, sagt sie.

Das fehlende Personal beim Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD), der als Teil des Jugendamts zu den Bezirksämtern in Hamburg gehört, gefährde die psychische Gesundheit der verbliebenen Mitarbeiter, sagt sie.

Nicht nur das: Die Qualität der Jugendämter sinke. Das mache Fälle von Kindeswohlgefährdung immer wahrscheinlicher.

„Das System verursacht die Kinderschutz-Fälle mittlerweile selbst. Präventiv können wir ja gar nicht mehr eingreifen, wir sind nur noch eine Kinderschutz-Feuerwehr.“

Sie könne einige Fälle aufzählen, bei denen eine frühere Intervention Schlimmeres verhindert hätte.

Solche Gedankenspiele treiben sie um, ständig. Sie gehe mit einem schlechten Gewissen zur Arbeit und verlasse es manchmal mit einem noch mieseren, erzählt sie. Einfach weil jeden Tag so viel liegen bleibt.

„Ich dusche nie alleine“, sagt sie. „Immer muss ich an die Kinder, an die Familien denken. Ich stehe morgens auf, und der Kopf fängt sofort an zu rattern.“ Manchmal beschäftigen sie die Schicksale der Familien in Belastungs-, Krisen- und Notlagen so sehr, dass sie darüber ihre eigene kaum noch zu Gesicht bekommt. •

BÜRGERLICHE POLITIK ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Es gibt neue Episoden der kriminellen Machenschaften, der bürgerlichen Politiker - nicht nur aber insbesondere auch - in NRW:

DAS OVG MÜNSTER



Es gab eine offene Richterstelle am Oberverwaltungsgericht Münster, welches eines der wichtigsten Verwaltungsgerichte in NRW ist. Für diese Stelle haben sich verschiedene Kandidaten beworben. Soweit so ungewöhnlich.

Letztlich aber wurde dabei allerdings eine Person für diese Stelle ausgewählt, welche sich nicht durch Erfahrung oder Fähigkeiten für diese Stelle qualifiziert hatte, sondern einfach aufgrund von persönlichen Beziehungen und politischer Einflussnahme jene Stelle bekommen sollte.

Das Besetzungsverfahren wurde Mitte 2022 von dem damals noch neuen Justizminister Limbach kurz nach Antritt seines Amtes gestoppt, um noch eine weitere Bewerberin um den besagten Richterposten ins Spiel zu bringen. Diese neu dazu gestoßene Bewerberin hatte den Posten auch letztlich bekommen.

Anschließend wurde bekannt, dass Limbach und die angenommene Bewerberin für den Richterposten sich schon seit 25 Jahren persönlich kannten und er sich auch privat mit ihr traf. Offensichtlich versuchte Justizminister Limbach gezielt seine Leute in wichtige Posten hineinzubekommen, um über diese seinen Einfluss zu erweitern.

Die beiden unterlegenen Kandidaten sahen in dem Vorgehen sehr deutliche Anzeichen für eine illegale Beeinflussung der Besetzung dieses Amtes im Sinne der Vetternwirtschaft und klagten entsprechend auf verschiedenen Instanzen gegen die Entscheidung von Limbach.

Nachdem die Klage der unterlegenen Kandidaten zuerst vom OVG Münster abgelehnt wurde, zog einer der unterlegenen Kandidaten vor das Bundesverfassungsgericht, welches ebenfalls sehr deutliche Anzeichen für illegale Beeinflussung sieht und die Besetzung der Präsidentenstelle wieder aufhob, um den Fall neu aufzurollen.

Im November 2024 wurde ein Neustart des Besetzungsverfahrens der besagten Stelle angekündigt, was als Grundlage dafür genommen wurde, um das Verfahren am OVG einzustellen, allerdings hatte der Skandal große öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Im Mai 2024 wurde die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zu dieser Frage vom NRW Landtag beschlossen.

DIE STAATSKANZLEI DÜSSELDORF



Von Münster geht es nun nach Düsseldorf. Seit Jahren wird dort die Staatskanzlei umfangreich saniert. Die ursprünglichen Kosten, welche vom Land dafür berechnet wurden, waren 33,6 Millionen Euro. Mittlerweile ist die Sanierung immer noch im Gange und hat schon über 50 Millionen Euro verschlungen.

Im Januar 2025 wurden Ermittlungen wegen Korruption in dieser Frage aufgenommen.

Es wird vermutet, dass Mitarbeiter des Bau und Liegenschaftsbetriebs in NRW (BLB) und Mitarbeiter eines Architekturbüros gezielt Einfluss auf die Auftragsvergaben des Landes nahmen und dabei an verschiedenen Stellen unangebrachte und überhöhte Rechnungen ausstellten, welche dann ohne Probleme durchgewunken und bezahlt wurden.

Bei den Ermittlungen wurden über 40 Durchsuchungsbeschlüsse vollstreckt und über 57 Objekte durchsucht. Ganze 200 Ermittler waren im Einsatz, um die Vorwürfe gegen sieben Beschuldigte zu untersuchen.

Ihnen wird Bestechung und Bestechlichkeit sowie illegale Absprache bei der Auftragsvergabe, Veruntreuung von Geldern und Betrug vorgeworfen. Auch hier wurde ein Untersuchungsausschuss eingerichtet. CDU und Grüne, welche in NRW die Regierungskoalition bildeten, versuchen sich wiederum während dieser Situation bedeckt zu halten und die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesem Thema durch die Zeit verblassen zu lassen.

CUM-EX IN NRW



Schweigen haben diese Politikbonzen scheinbar vom Besten der Besten aller Betrüger und Intriganten gelernt. Ehemaliger Kopf des Cum-Ex Skandals und bald ehemaliger Kanzler des deutschen Imperialismus - Gangster Olaf Scholz.

Die führende Ermittlerin gegen Scholz und seine Leute in dem besagtem Steuerskandal war Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker. Sie wurde aus dem Verkehr

gezogen, und zwar von Benjamin Limbach und seinem Justizministerium.

Im September 2023 plante das NRW Justizministerium, auf Anweisung von Benjamin Limbach, die von Brorhilker geleitete Hauptabteilung der Staatsanwaltschaft in Köln aufzuteilen. Da die Staatsanwaltschaft Köln federführend in den Cum-Ex Ermittlungen war, wurden diesen dadurch große Steine in den Weg gelegt und die tatsächliche Aufklärung der Hintergründe verhindert.

Brorhilker kritisierte dieses vorgehen und kündigte ihr Beamtenverhältnis daraufhin.

Im Nachhinein wurde bekannt, dass die Generalstaatsanwaltschaft in Köln interne Dokumente erstellt hatte, welche die geplante Aufspaltung der Abteilung auch eindeutig als unproduktiv und schädlich für die laufenden Cum-Ex Ermittlungen darstellte. Offenbar genau das, was Limbach wollte.

Weiter wird Benjamin Limbach auch vorgeworfen, die Weitergabe von Ermittlungsdaten an den Hamburger Untersuchungsausschuss der Warburg Bank Affäre verzögert zu haben.

Wie auch bei den anderen Skandalen wurde im Mai 2024 aufgrund der genannten Ereignisse ein weiterer Untersuchungsausschuss im NRW Landtag eingerichtet, welcher auch diese Vorgänge rundum das Justizministerium und die Behinderung der Cum-Ex Ermittlungen untersuchen soll.

Die Skandale rundum das NRW Justizministerium zeigen sehr gut, welche kriminellen Netzwerke die Apparate und Strukturen der bürgerlichen Politik und des Staatsapparats eigentlich sind. Dabei ist es auch wichtig, im Kopf zu behalten, dass jene Skandale nur die Vorfälle sind, von denen wir wissen, da sie an das Licht der Öffentlichkeit kamen.

Auch ohne Limbach wird es wohl bei einem Großteil der Spitzenpolitiker im ganzen Staatsgebiet zahlreiche ähnliche kriminelle Verstrickungen geben. Ein guter Politiker im Spiel der bürgerlichen Politik zeichnet sich nicht dadurch aus, dass er prinzipienfest und gesetzestreu ist. Im Gegenteil zeichnet er sich lediglich dadurch aus, dass er seine Verbrechen und Machenschaften gut vertuschen kann. •

MAXIM GORKI

DAS LIED VOM STURMVERKÜNDER

Das folgende Gedicht stammt vom revolutionärem Autor, Vorreiter des Sozialistischen Realismus, und weltbekannten russischen Autor Maxim Gorki. Gorki ist darüber hinaus ein gutes Beispiel für proletarische Intellektuelle.

Er wuchs in den ärmsten Verhältnissen seiner Zeit in Russland auf. Sein Großvater war Treidler (jemand der Schiffe gegen den Strom einen Fluss hinauf zieht) auf der Wolga. Sein Vater, der früh verstarb war Tischler. Nach dem Tod des Vaters kam der Junge mit seiner Mutter zu den Großeltern.

Als er zehn war, starb die Mutter an Tuberkulose, und er musste die Schule nach nur drei Jahren verlassen, um Geld zu verdienen. Zunächst tat er dies entsprechend seinem jungen Alter als Lumpensammler. Laufjunge und Küchenjunge. Später versuchte er sich als Händler und Maler. Er arbeitete als Bäcker, Maurer, Nachtwächter, Eisenbahner und Rechtsanwaltsgehilfe.

Es gibt viele Bücher, Gedichte und Lieder, die dieser Genosse geschrieben hat. Hier wollen wir eine kleines jedoch kraftvolles Werk mit unseren Lesern teilen.

Dies ist ein Gedicht/Lied (pjiesa auf russisch) welches den Vergleich, die Metapher des Sturmverkünders benutzt, um die besten Söhne und Töchter des Volkes zu beschreiben, die voller Mut, voller Willenskraft sich in den Kampf stürzen, die diesen mit offenen Armen empfangen und mit einem Lächeln im Gesicht, siegessicher dem mächtigen Übel entgegen werfen, in den Sturm hinein die Winde und den Blitz herausfordernd, mit der Gewissheit, dass diese bezwungen werden können und dann eine neue und bessere Zeit anbricht.

Der Sturmverkünder, ein Meeresvogel, der dem Sturm ins Auge blickt und mit seinem freudigen Kampfesgeschrei ihn herausfordert, das ist der Bruder oder die Schwester an unserer Seite die mit uns, für eine gerechte Gesellschaft ohne Kriege, Ausbeutung und Unterdrückung kämpft. Denen wir nacheifern und mit ihnen den Sturm, die Revolution herbeirufend begrüßen.

Ob der grauen Meeresebene scharf der Wind Gewölke zusammen.
Zwischen Wolken und Gewässern gleitet stolz der Sturmverkünder,
einem schwarzen Blitz vergleichbar.
Bald die Flut mit Flügeln streifend, bald als Pfeil die Wolken treffend,
schreit er hell.

Die Wolken hören Lust im Schrei des kühnen Vogels.
In dem Schrei klingt Sturmessehnsucht! Kraft des Zornes, Glut der Leidenschaft und Siegeszuversicht.

Dies hören in dem Schrei die Wolken.
Vor dem Sturm die Möwen stöhnen. –
Stöhnen, treiben überm Meere,
möchten ihre Angst vorm Sturme auf dem Meeresgrund verbergen.
Auch die Tauchervögel stöhnen.

Ihnen ist er unzugänglich, der Genuss des Lebenskampfes.
Sie erschrecken vor dem Donner.

Der Pinguin, der dumme, feige,
birgt den feisten Leib im Felswerk.

Nur der stolze Sturmverkünder, frei und mutig,
beherrscht die Höhe überm grauen Schaum des Meeres!



Genosse Stalin im Gespräch mit Maxim Gorki

Immer finsterer und tiefer zieh'n die Wolken überm Meere,
und die Wogen singen, dringen hoch, dem Donner zu begegnen.

Donner kracht.

Wutschäumend, ächzend streiten mit dem Wind die Wellen.

Er umfasst sie rudelweise, drückt sie in die starken Arme.

Schleudert wuchtig sie in blindem Wüten an die Klippen,
wo die hell-smaragdnen Wogen-berge
laut zu Staub und Schaum zerschellen.

Schreiend schießt der Sturmverkünder, einem schwarzen Blitz gleich,
pfeilschnell durch die Wolken.

Seine Flügel reißen Gischt vom Kamm der Wogen.

Seht, er rast dahin! Ein Dämon – stolz.

Des Sturmes schwarzer Dämon!

Und sein Lachen tönt, sein Schluchzen.

Er verlacht die finstern Wolken, und er weint und schluchzt vor Freude.

Längst vernimmt des Dämons waches Ohr im Donnergroll: Erschöpfung.

Das Gewölk, weiß er, es kann nicht, - kann die Sonne nicht verbergen!

Sturmwind heult – und Donner poltert.

Überm abgrundtiefen Meere flammen blau die Wolkenschwärme.

Und das Meer fängt Blitzespfeile, löscht sie aus in seinem Strudel.

Und wie Feuerschlangen winden sich im Meere – und verschwinden

Spiegelbilder dieser Blitze.

„Sturmwind! Bald erdröhnt der Sturmwind!“

Seht den stolzen Sturmverkünder! Stolz hin schwebend zwischen Blitzen,

überm Zorngebrüll des Meeres, schreit er –

ein Prophet des Sieges.

„Immer stärker tobe, Sturmwind!“

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KOMMENDE TERMINE

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
ab 17 Uhr

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee | rfk-kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk-bremen@roterbund.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rfk-hamburg@roterbund.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

ROTE POST

